Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode 26. 11. 2003

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Jürgen Koppelin, Otto Fricke, Ulrich Heinrich, Markus Löning, Dr. Guido Westerwelle, Harald Leibrecht, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Sibylle Laurischk, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2004 – Drucksachen 15/1500, 15/1670, 15/1917, 15/1921, 15/1922, 15/1923 –

hier: Einzelplan 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bewältigung der HIV/Aids-Epidemie ist die größte Herausforderung der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Jahrhundert. Weltweit sind etwa 42 Millionen Menschen mit HIV/Aids infiziert. Insbesondere im südlichen Afrika, wo mehr als 30 Millionen Aids-Infizierte leben, droht eine humanitäre Tragödie. Mehr als 13 Mio. Kinder sind durch HIV/Aids zu Waisen geworden. Auch das Millenniumsziel der Armutsbekämpfung, eine Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015 zu erreichen, ist stark gefährdet. In den Ländern mit den höchsten Infektionszahlen droht nicht nur ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, sondern ist auch die Entwicklung der Demokratie aufs Äußerste gefährdet. Die rasante Ausbreitung der Krankheit ist ein Risiko für die Stabilität und Sicherheit der betroffenen Staaten.

Prävention und allein der Aufbau von Gesundheitsstrukturen, die bisher von der Bundesregierung unterstützt werden, genügen schlicht und einfach nicht mehr, um eine globale Katastrophe zu verhindern. Die positiven Auswirkungen von Behandlungsprojekten auf die Lebensverlängerung und die Lebensqualität der erkrankten Menschen und damit auf die Möglichkeit der selbstständigen wirtschaftlichen Versorgung der Familien und die Verminderung der Anzahl der Waisenkinder müssen in der Entwicklungszusammenarbeit wesentlich

mehr Beachtung finden. Die Hoffnung auf eine Behandlung trägt nicht nur im Wesentlichen dazu bei, dass Menschen sich testen lassen, sie hat ebenfalls positive Auswirkungen auf Aufklärung und die Vorbeugung und damit zur Eindämmung der Krankheit.

Der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) schätzt, dass zur Bekämpfung von HIV/Aids allein in diesem Jahr 7,4 Mrd. Euro notwendig sind. Derzeit werden weltweit jedoch nur ca. 1,3 Mrd. Euro bereitgestellt. In den nächsten Jahren wird die Summe der benötigten Gelder weiter anwachsen. Doch jeder Euro, den wir jetzt in die Behandlung von HIV-Infizierten investieren, erspart uns in der Zukunft ein Vielfaches an humanitärer Nothilfe. Deshalb müssen wir unseren Beitrag im internationalen Kampf gegen HIV/Aids verstärken.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Beitrag der deutschen Bundesregierung zum Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) von derzeit 38 Mio. Euro auf 76 Mio. Euro für das Jahr 2004 zu verdoppeln.

Berlin, den 24. November 2003

Dr. Günter Rexrodt
Jürgen Koppelin
Otto Fricke
Ulrich Heinrich
Markus Löning
Dr. Guido Westerwelle
Harald Leibrecht
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst

Helga Daub Jörg van Essen Ulrike Flach

Horst Friedrich (Bayreuth)

Rainer Funke

Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen)

Dr. Karlheinz Guttmacher Dr. Christel Happach-Kasan Klaus Haupt Dr. Werner Hoyer Michael Kauch Dr. Heinrich L. Kolb Sibylle Laurischk Dirk Niebel

Günther Friedrich Nolting Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Eberhard Otto (Godern)

Detlef Parr Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Max Stadler Carl-Ludwig Thiele

Jürgen Türk

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion